

Gegen die Einschränkung des Streikrechts – Solidarität mit den Streikenden

„Alle Räder stehen still, wenn Dein starker Arm es will“ – selten hat der berühmte Satz des revolutionären Dichters Georg Herwegh aus dem Jahr 1863 mehr gepasst als bei den streikenden Lokomotivführer*innen der GDL. Nach mehreren mehrtägigen Streikaktionen haben sich die Tarifparteien vor Kurzem geeinigt. Wichtigste Erkenntnis aus diesem Arbeitskampf: Der Vorstand der Deutschen Bahn hat mit sämtlichen juristischen, politischen und journalistischen Tricks und Spitzfindigkeiten versucht, die Streiks der Kolleginnen und Kollegen zu unterbinden – vergeblich. Dieselben Bahnvorstände, die sich trotz einer massiven Verfehlung der selbst gesteckten Ziele Boni in Millionenhöhe auszahlen, behaupteten es sei kein Geld und kein Personal da, um die überarbeiteten Beschäftigten zu entlasten. Der GDL-Streik hat schließlich vor allem gezeigt, in wessen Händen sich die Macht im Arbeitsleben befindet, wenn sich die Arbeiterinnen und Arbeiter zusammenschließen: Am Ende der erfolglosen Einschüchterungsversuche durch die Bahn hat es die GDL geschafft, die Kernforderung nach einer langfristigen Verkürzung der Arbeitszeit durchzusetzen.

Und doch zeigen nicht nur der Arbeitskampf der GDL, sondern auch die übrigen Streiks im öffentlichen Dienst und in anderen Bereichen, dass die Arbeitgeber und ihre Lobbyorganisationen sich in ihrer Rhetorik und Gangart verbal aufrüsteten und für die Abschaffung des Streikrechts mobil machen.

Ob mit der Überhäufung der Streikenden mit einstweiligen Verfügungen, immer lauter werdenden Forderungen aus Wirtschafts- und Industrieverbänden oder ihren Interessenvertreter*innen in Parlamenten, Hochschulen und Medien: Je heftiger die Debatte um die Forderungen der Streikenden geführt wurde, desto häufiger kamen Forderungen nach einer Beschränkung oder gar Abschaffung des Streikrechts auf. So forderte der FDP-Generalsekretär Djir-Sarai die Einschränkung des Streikrechts. Auch innerhalb der Unionsfraktionen wurde eine Einschränkung in Bereichen der „kritischen Infrastruktur“ gefordert. Einige Medien nannten im Zuge dessen das Streikrecht gar „aus der Zeit gefallen“ und forderten eine rigorose Abschaffung.

Das Streikrecht in Deutschland hat eine lange Tradition. Zwar ist der politische Streik von Gesetzes wegen verboten. Nach ständiger Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts ist das Streikrecht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Ausgangslage von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Grundgesetz über



Auch in Solingen gab es in den letzten Monaten Streiks

Artikel 9 verankert. Er kämpft von der deutschen Arbeiterbewegung war und ist das Streikrecht seit jeher ein Zugeständnis, welches die Herrschenden der arbeitenden Bevölkerung geben mussten, um sich ihre Arbeitskraft überhaupt zu eigen machen zu können. Wer meint, nun in populistischer Art und Weise eine Einschränkung oder Abschaffung dieses hart erkämpften Grundrechts fordern zu müssen, dem müssen wir gemeinsam als Gewerkschafter*innen geschlossen entgegenreten. Schuld an den miserablen Arbeitsbedingungen, an Reallohnverlust und einer massiven Überlastung des Personals sind diejenigen, die sich die Taschen mit Geld vollstopfen und sich an der harten Arbeit der Kolleg*innen bereichern, aber gleichsam nicht bereit sind, auch nur auf einen Bruchteil ihres Profits zu verzichten! Schuld an den Ausfällen und Arbeitsniederlegungen sind somit nicht die Kolleg*innen, die ihr Grundrecht wahrnehmen, um wirtschaftlichen Druck auf die Arbeitgeberseite auszuüben.

**Wir fordern daher: Hände weg vom Streikrecht!
Mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und
Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und
Personalausgleich in allen Branchen!
Die Reichen zur Kasse!**

**An alle Streikenden: Lasst euch nicht unterbuttern
– unsere Solidarität habt ihr!**

Regierung weiter auf Kriegskurs:

Kanonen statt Butter!

Das Bestreben von Bundesverteidigungsminister Pistorius, Deutschland schnellstens kriegstüchtig zu machen, wird jetzt Stück für Stück in die Tat umgesetzt. Begleitet von den Koalitionspartnern und der CDU-Op-
position, überschlagen sich die Forderungen nach noch mehr Geld für Aufrüstung und Kriegsvorbereitung. Das 100 Milliarden Sondervermögen für eine nie dagewesene Aufrüstung der Bundeswehr ist längst verplant und ausgegeben. Jetzt soll die Schuldenbremse, bislang die heilige Kuh im Finanzministerium, für die Anschaffung neuer Waffensysteme gelöst werden. Wir brauchen schließlich mehr atomwaffenfähige Atombomber und modernere Kriegsschiffe für Auslandseinsätze im chinesischen Meer und im Nahen Osten. Unsere schnelle Einsatzfähigkeit von immer neuen Kampfverbänden an den Grenzen Russlands muss finanziell abgesichert werden.

Die Kosten für den nicht endenden Waffenstrom an die Ukraine zur Aufrechterhaltung des mörderischen Stellungskrieges mit hunderttausenden Toten explodieren. Russland muss in diesem Stellvertreterkrieg verlieren, koste es was es wolle. Die Forderung nach einer europäischen Atombombe, aufgestellt von Frau Barley (SPD) ist da nur folgerichtig!

Auch die Zivilbevölkerung, wird in die durch Medien und Politik vorangetriebene allgemeine Kriegshysterie einbezogen. Mit der Verbreitung konkreter Daten für einen bevorstehenden Angriff Russlands auf die europäischen NATO-Staaten sollen Angst und Zustimmung zum Kriegskurs gefördert werden. Um dies zu untermauern, werden Mittel für den Neubau und die Modernisierung von Bunkern, sowie neuer Alarmsysteme eingeplant.

In den Schulen sollen Bundeswehroffiziere und Katastrophenschutzübungen für den Nachwuchs und die notwendige Einstimmung sorgen. An den Hochschulen und im Gesundheitswesen, so die Forderungen der zuständigen Minister*innen, wird zukünftig militärisch geforscht und behandelt. Neu aufgestellte Heimatschutzverbände der Bundeswehr und eine Diskussion um die Wiedereinführung der Wehrpflicht, sollen für das nötige Kanonenfutter in zukünftigen Kriegen sorgen. Diese konkreten Kriegsvorbereitungen sind nicht nur extrem gefährlich, sie verschlingen auch Milliarden, die an anderer Stelle dringend benötigt werden. In unserem Lande herrscht extreme Wohnungsnot.

Hunderttausende Sozialwohnungen werden dringend benötigt, um die Wohnungsnot gerade für einkommensschwache Bevölkerungsschichten zu lindern. Im Bildungswesen fehlen Mittel für die Sanierung von maroden Gebäuden und Lehrkräfte. Im internationalen Vergleich steht unser Bildungssystem auf einem Abstiegsplatz. Das Gesundheitswesen kollabiert. Immer mehr Krankenhäuser werden geschlossen; auf dem Lande ist die medizinische Versorgung kaum noch gegeben. Rentabilität geht vor Gesundheit.



Wie perfide die Kriegshysterie mittlerweile in vielen Bereichen der Gesellschaft Einzug hält zeigt dieser aus Zucker erstellte Panzer in einer Konditorei

21,8 Prozent aller Kinder wachsen in armutsgefährdeten Haushalten auf. Ihre Chancen auf einen Platz an der Sonne sind gleich Null. Die groß angekündigte Kindergrundsicherung wird vertagt. Sanierungsbedürftige Straßen und Schienen, Pflegenotstand und fehlende Mittel für Demokratieförderung - all das in einem der reichsten Länder dieser Erde.

Geld aus Steuereinnahmen und Einkünften ist genug da, es fließt nur in die falsche Richtung. Es freuen sich vor allem Rüstungskonzerne und Waffenlieferanten über den neuen Zeitgeist und die besondere Zuwendung durch die Regierung. Kinderarmut und Wohnungsnot stehen da nicht auf der Agenda. Kanonen und Butter geht halt nicht!





Ostermarsch 2024

In vielen Städten der Bundesrepublik fanden auch dieses Jahr Friedensaktionen statt. Der Bundesausschuss Friedensratschlag und der Ostermarsch Rhein-Ruhr zogen eine positive Bilanz. Unüberhörbar waren die Forderungen nach Waffenstillstand in Gaza, Ende der Bombardierung durch die israelische Armee, Waffenruhe in der Ukraine und Diplomatie statt Aggression. Zu Wort kamen Gewerkschafter*innen, Christ*innen, Menschen jüdischen Glaubens und Palästinenser*innen. Menschen aus vielen gesellschaftlichen Gruppen versammelten sich, um ihren Forderungen nach Frieden und Abrüstung Nachdruck zu verleihen. Im Mittelpunkt vieler Reden und Transparente standen die Ablehnung von Atomrüstung und Warnungen vor den gigantischen Rüstungsprogrammen und den zu erwartenden gravierenden Einschnitten in das Soziale.



Gedenkveranstaltung am Wenzelnberg



Am 14. April 2024 wurde der kurz vor Kriegsende durch Faschisten ermordeten 71 Häftlinge gedacht

In Ihrer Ansprache sagte die Vertreterin der VVN/BdA, Gisela Blomberg: „Seit Bestehen der Bundesrepublik war die Gefahr eines großen Krieges – auch mit Atomwaffen – noch nie so groß. Diesen müssen wir verhindern! Frieden ist das Gebot der Stunde! (...) wir müssen zurück zur Entspannungspolitik und Diplomatie, wir brauchen friedliche Konfliktlösungen. Wir müssen uns einsetzen für einen Waffenstillstand und Friedensverhandlungen in der Ukraine. Wir brauchen eine europäische Sicherheitsordnung unter Einschluss Russlands. In Gaza müssen die Waffen ebenfalls schweigen. Gerade die Verantwortung für den Holocaust, den Völkermord an 6 Millionen jüdischen Menschen, sollte Deutschland verpflichten, alles zu tun, um ähnliche Verbrechen an anderen Völkern, wie den Palästinensern, zu verhindern. Nur über Verhandlungen unter Anerkennung von völkerrechtlich verbindlichen UNO-Resolutionen kann eine politische Lösung für Israelis und Palästinenser entwickelt werden. (...) Wir brauchen eine Kultur des Friedens: Keine Bundeswehr in Schulen und Universitäten, stattdessen Friedenspädagogik und Friedensforschung!“

Gewerkschaften gegen Aufrüstung und Krieg! Friedensfähigkeit statt Kriegstüchtigkeit!

Die Welt wird von immer neuen Kriegen erschüttert, Menschen werden getötet, Länder verwüstet. Das Risiko eines großen Krieges zwischen den Atommächten wächst und bedroht die Menschheit weltweit. Gigantische Finanzmittel und Ressourcen werden für Krieg und Militär verpulvert. Statt damit die großen Probleme von Armut und Unterentwicklung, maroder Infrastruktur und katastrophalen Mängeln in Bildung und Pflege, Klimawandel und Naturzerstörung zu bekämpfen.

Die deutsche Regierung und Parlamentsmehrheiten beteiligen sich an dieser verheerenden Politik. Sie reden über „Kriegstüchtigkeit“ und sogar über „eigene“ Atombewaffnung, statt sich mit aller Kraft für ein Ende der Kriege, für Frieden und gemeinsame Problemlösungen einzusetzen. Die Ausgaben für Militär sollen 2024 auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung, über 85 Milliarden Euro, erhöht werden und in den kommenden Jahren weiter steigen. Während in den sozialen Bereichen, bei Bildung und Infrastruktur gravierend gekürzt wird und die Lasten der Klimapolitik auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden.

Die Gewerkschaften müssen sich unüberhörbar für Friedensfähigkeit statt „Kriegstüchtigkeit“ einsetzen, für Abrüstung und Rüstungskontrolle, Verhandlungen und friedliche Konfliktlösungen. Für Geld für Soziales und Bildung statt für Waffen. **Das ergibt sich aus ihrer Tradition und ihren Beschlüssen.** Auch und besonders in den aktuellen Auseinandersetzungen um die internationale Politik und um die Haushaltspolitik!

Wir fordern unsere Gewerkschaften und ihre Vorstände auf, den Beschlüssen und ihrer Verantwortung gerecht zu werden! Die Gewerkschaften müssen sich laut und entschieden zu Wort melden und ihre Kraft wirksam machen: gegen Kriege und gegen Aufrüstung!



Zu den Erstunterzeichner*innen gehören u. a. Serhat Yilmaz, ver.di, Betriebsrat und Migrationsausschuss Düssel-Rhein-Wupper; Werner Siebler, ver.di, Freiburg, DGB Stadtverbandsvorsitzender; Horst Schmitthener, IGM, ehem. Mitglied des Vorstands; Rainer Perschewski, EVG, Berlin, Mitglied im Bundesvorstand; Peter Köster, IG BAU, Essen, Bezirksvorsitzender; Olaf Harms, ver.di, Hamburg, Landesbezirksvorsitzender, Mitglied des Gewerkschaftsrats; Prof. Dr. Klaus Dörre, ver.di, Jena; Prof. Dr. Frank Deppe, ver.di, Marburg; Prof. Dr. Wolfgang Däubler, ver.di, Dußlingen; Rolf Becker, ver.di, Hamburg, Ortsvereinsvorstand; Özlem Demirel Alev, MdEP, ver.di, Düsseldorf

50 Jahre „Nelkenrevolution“

Wir schreiben den 24. April 1974, Anfang des Endes der faschistischen Diktatur in Portugal. Es ist kurz vor 23 Uhr, als im Radio das Liebeslied "E Depois do Adeus" erklang. Das Signal für Angehörige der Bewegung der Streitkräfte, Movimento das Forças Armadas (MFA), in drei Militärschulen ihre Kommandeure zu verhaften.

Den Startschuss für die landesweite Erhebung der revolutionären Militärs und allgemein bekannt als das Lied der Nelkenrevolution gab das in der Diktatur verbotene Kampflied der Landarbeiter „Grândola, Vila Morena“. Kurz nach Mitternacht wurde es zweimal im Radio gespielt. Soldaten der MFA fuhren daraufhin in den frühen Morgenstunden des 25. April 1974 nach Lissabon und umstellten das Regierungsviertel. Gleichzeitig wurden landesweit strategische Einrichtungen des Regimes von revolutionären Einheiten besetzt.

Die Menschen strömten in Massen auf die Straßen und schmückten ihre Uniformen und Gewehre mit den namensgebenden roten Nelken. Die meisten Angehörigen des faschistischen Regimes ergaben sich kampflos. Nur vor der Zentrale der Geheimpolizei PIDE kam es zu einem Schusswechsel. Vier Menschen wurden von der PIDE getötet.

Knapp 18 Stunden nachdem "Grândola, Vila Morena" im Radio ertönte, war die alte Ordnung gestürzt. Das bedeutete das Ende von 48 Jahren Faschismus und 14 Jahren Kolonialkrieg.

Portugal war in einem erbarmungswürdigen Zustand: 32 Prozent Analphabetismus, 10 Prozent der Bevölkerung ausgewandert, tausende Tote und Kriegsinvaliden, niedrigste sanitäre Maßstäbe in Europa, dramatische Wohnungsprobleme, katastrophale Wirtschaftssituation - internationales Ansehen gleich null.

Unterdrückung. Folter. Zensur. Korruption. Jeder dieser Begriffe spricht für sich. Das sagte Alvaro Cunhal, Generalsekretär der portugiesischen kommunistischen Partei (PCP), bis zu seiner spektakulären Flucht 1960, 13 Jahre in faschistischer Haft.

Die Fortsetzung des Artikels ist zu lesen auf unserer Website
dkp-solingen.de



Demos gegen Rechts auch in Solingen – Tausende auf der Straße

Seit Bekanntwerden der Correctiv-Recherche zum Geheimtreffen von AfD-Bundestagsabgeordneten, Mitgliedern von CDU und Werteunion mit dem österreichischen Kopf der sogenannten „Identitären Bewegung“, Martin Sellner, Ende November letzten Jahres in Potsdam, sind bundesweit hunderttausende Menschen gegen die als „Remigration“ bezeichneten Deportationspläne der Rechtsextremen auf die Straße gegangen.

Debattiert wurde bei dem ominösen Geheimtreffen von den Fremdenfeinden und Rassisten unterschiedlichster Couleur, wie man nach einer Machtübernahme der gesellschaftlichen Rechten weite Teile unliebsamer Bevölkerungsgruppen deportieren könnte, darunter neben Migrant*innen und seit mehreren Generationen hier beheimateter Menschen auch politisch unliebsame Personen deutscher Staatsbürgerschaft.

Nachdem lange Zeit die antifaschistische Bewegung unter einer Flaute litt und im Gegenzug die Umfrageergebnisse der AfD, nicht nur im Osten immer weiter in die Höhe schnellten, haben in den letzten Wochen und Monaten nun viele Menschen öffentlich klar Position gezeigt gegen Rassismus und Faschismus, für Demokratie und Völkerverständigung. Auch in Solingen

gingen bei der ersten Kundgebung auf dem Neumarkt mehrere tausend Menschen auf die Straße. Das Solinger Bündnis „Bunt statt Braun“ erfreut sich derzeit einem riesigen Interesse und Zulauf weiter Teile der Solinger Stadtgesellschaft.

Auch bei einer zweiten Lichter- und Gesangsaktion auf dem Neumarkt kamen mehr als tausend Menschen zusammen. Es gilt jetzt weiter auf die Straße zu gehen und den Druck auf die Scharfmacher und Neonazis jedweder Couleur aufrecht zu erhalten. Gleichzeitig muss es die Pflicht aller aufrichtigen Antifaschist*innen sein, sich der unsozialen Politik der Regierungs- und auch der Oppositionsparteien im Bundestag entgegenzustellen, welche die Menschen erst in die Arme der braunen Rattenfänger treibt. Und schließlich müssen wir anprangern, dass auch die euphemistische Titulierung als „Rückführungsverbesserungsgesetz“ letztlich den Deportationsplänen der offenen Neonazis in die Arme spielt statt diese zu schwächen.

Der Rechtsruck lässt sich nicht durch die Übernahme der Positionen der AfD stoppen, sondern nur durch eine nachhaltige Bekämpfung der Ursachen für Armut, Ungerechtigkeit und Flucht.



Schüler*innen demonstrieren für bessere Bildung

Auf die Straße gegen Bildungskiller!

Am 14. März dieses Jahres gingen in Wuppertal laut Angaben der Westdeutschen Zeitung 350 Schüler*innen auf die Straße, um für bessere Bildung und gegen Unterfinanzierung, Leistungsdruck und soziale Selektion an Deutschlands Schulen zu demonstrieren. Diese Demo war damit nur eine von vielen, zu denen die Landesschüler*innenvertretung NRW aufgerufen hatte.

Die Stimmung war, dem miserablen Wetter zum Trotz, kämpferisch und entschlossen. Neben Schildern, auf denen ein 100 Mrd. Euro Sondervermögen für Bildung gefordert wurde, fand man auch solche, die dem Ruf nach Bildung statt Panzern Ausdruck verliehen. In den hervorragenden Reden der Schüler*innen selbst, von denen einige Mitglieder der Bezirksschüler*innenvertretung Wuppertal waren, wurde immer wieder aufgezeigt: Es ist die Bildung, die unter dem vorgeblichen Diktat der schwarzen Null, das die Ampel zugunsten von Aufrüstung und Kriegsgerät immer wieder selbst umstößt, am meisten leidet.

Die Zahl der psychischen Erkrankungen unter Schüler*innen steigt, während durch den grassierenden Unterrichtsausfall der Lernerfolg immer stärker davon abhängig wird, ob die Eltern beispielsweise Nachhilfe bezahlen können. Die Gebäude bröckeln vor sich hin, Schimmel und Wasserschäden geben den Schulen den unverkennbaren Ausdruck ihrer Sanierungsbedürftigkeit. Immer häufiger wirbt die Bundeswehr auf dem Schulhof, auf der Jobmesse und im Klassenzimmer für Aufrüstung und Krieg, für die Anwerbung neuer Kindersoldat*innen und verschleiert zunehmend den Widerspruch zwischen den explodierenden Rüstungsausgaben und den Kürzungen im Bildungsbereich.

Und es ist nicht die erste Generation von Schüler*innen, die aus diesen Gründen auf die Straße geht. Bereits seit 2008 waren bundesweit Schüler*innen auf der Straße, die eine Welle von Streiks auslösten, die sich bis 2012 durch alle Bundesländer zogen. Durch die Bildungstreiks konnte die Abschaffung von Kopfnoten und Studiengebühren durchgesetzt werden. Ebenfalls wurden im Zuge der Streiks die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten der Schüler*innen ausgebaut und gezeigt: Wenn wir zusammenstehen, können wir was reißen!

Die aktuellen Demonstrationen haben natürlich keine vergleichbare Größe mit den bundesweiten Bildungstreiks, aber sie sind ein mächtiger Anfang.

Wir waren daher als SDAJ an den Demonstrationen beteiligt, haben Gespräche geführt, Kontakte geknüpft und mit unseren Mitschüler*innen festgestellt:

Allein ist man schwach, mit einigen ist man stärker, doch am stärksten ist man, wenn alle mitziehen - gegen Unterfinanzierung, Wehrkundeunterricht und Leistungsdruck, für eine Bildung, die uns



Schüler*innen demonstrieren für ihre Rechte

die uns zu umfassend gebildeten Menschen macht, die uns befähigt, diese Welt zu begreifen und auch zu verändern!

Diskussionsveranstaltung der SDAJ mit palästinensischer Künstlerin

Am 13. März 2024 fand eine Diskussionsveranstaltung der SDAJ statt, bei der wir die palästinensische Tänzerin Misan Miso Samara begrüßen durften, welche uns von ihren Erfahrungen als Palästinenserin im israelischen Gebiet berichtete.

Sie sprach über ihre Erfahrungen mit Rassismus in Israel, wie ihr Aufträge als Tänzerin in Deutschland allein wegen ihrer Herkunft verwehrt wurden oder sie in der Vergangenheit – wenn sie überhaupt ausreisen durfte – am israelischen Flughafen erniedrigende Sicherheitskontrollen über sich ergehen lassen musste. Außerdem ging sie auf die Kraft spendende Rolle des Tanzens in ihrem Leben und Hoffnungen und Träume der palästinensischen Bevölkerung ein.



17.-20. MAI 2024



WESTCAMP
Nähe Münster

Bald ist es wieder soweit! Ein wenig außerhalb von Münster, mitten im Grünen, erwartet uns ein Wochenende voller Vorträge und Workshops zu verschiedenen Themen. Kulturelle Angebote und Spaß werden ebenfalls nicht zu kurz kommen. Weitere Höhepunkte sind das Hauptpodium mit Freunden aus anderen Jugendorganisationen zum Thema Friedenspolitik und natürlich der Arbeiterliederabend

Weitere Informationen erreichen euch in den nächsten Wochen.

Steigende Kriegsgefahr, höhere Preise, Klimawandel, Leistungsdruck in Schule, Uni und Betrieb?

Es ist Zeit für Widerstand!

In diesem Jahr veranstaltet die SDAJ regionale Pfingstcamps. Vom 17. bis 20. Mai 2024 findet in der Nähe von Münster das Westcamp der SDAJ statt. Ein Wochenende voller politischer Workshops, Konzerte, Kulturangebote und Sport – organisiert von jungen Leuten für junge Leute, unterstützt von Gewerkschaften, Schülervertretungen und linken Organisationen.

Weitere Infos, Kontakte und Mitfahrgelegenheiten unter:

solingen@sdej.org, Instagram: [sdej_sg](https://www.instagram.com/sdej_sg)

Licht und Schatten im Solinger Kulturleben

Solingen hat ein reges Kulturleben. Es lohnt sich ein Blick in den Plan des Theaters und die vielen sonstigen Angebote. In die Presse gekommen sind die Symphoniker*innen, denn die Stadt stand vor der Entscheidung, ob sie sich das Orchester gemeinsam mit der Stadt Remscheid weiterhin leisten will.

Ja, sie will, hat der Rat jetzt einstimmig beschlossen. Im Wissen, dass dafür jedes Jahr 2,9 Mio. Euro aus der Stadtkasse zu blechen sind. Eine grandiose Entscheidung des Rats. Damit sind auch die Verträge der Beschäftigten weitere 10 Jahre gesichert. Die Fraktion DIE LINKE. Die PARTEI im Solinger Stadtrat hat schon frühzeitig für ja votiert.

Nicht so viel Glück hat die Museumslandschaft. Das Zentrum für Verfolgte Künste und das Kunstmuseum logieren unter einem Dach, sollten zukünftig aber jeweils ein eigenes Quartier haben. Für das Kunstmuseum war das Haus der Sparkasse Gräfrath vorgesehen. Das scheiterte allerdings am Geld. 2-3 Mio. Euro für die Umrüstung der Immobilie. Und jedes Jahr zusätzliche Betriebskosten. Das gibt der unterfinanzierte Haushalt der Stadt Solingen nicht her – und die Bezirksregierung sagt klar nein.

Das Zentrum für Verfolgte Künste ist aber anderweitig prächtig beschert worden: Die Ausstellung erhielt 500 Stücke des Düsseldorfer Künstlers, Malers, Widerstandskämpfers und Kommunisten Karl Schwesig (1898-1951). Bei der Übergabe in Solingen erklärte die Tochter: „Ich bin froh, dass der Nachlass meines Vaters einen sicheren Ort gefunden hat, wo er gewürdigt wird und wo er daran erinnert, dass es auch viele Menschen gab, die bei den Nazi-Gräueltaten nicht mitgemacht haben“. Wir gratulieren dem Zentrum zu ihrer Bereicherung und wünschen viele Besucherinnen und Besucher!

Und der Schatten? Der Kulturbetrieb ist jetzt schon unterfinanziert. Künstler*innen sind gezwungen, Gehalts-einbußen hinzunehmen. So die Symphoniker*innen. Und der „kleine Kulturbetrieb“ wird weiter schwer zu knapsen haben. So kam z. B. das Kammerpielchen Gräfrath mit einer vergleichsweise geringen Summe in eine klamme Lage, doch der städtische Kulturetat blieb zu. Fragen sind erlaubt!

Wir fordern mehr Geld für den Kulturetat – höhere Landes- und Bundeszuschüsse. Rüstung und Krieg bringen Leid und Tod und füllen nur die Kassen der Rüstungskonzerne. Theater und Konzerte dagegen bereichern die Menschen, machen das Leben schöner.



DKP
Solingen

Weitere Informationen: www.dkp-solingen.de

E-Mail: dkp-solingen@web.de

V. i. S. d. P.: Horst Krämer, Melanchthonstr. 5, 42653 Solingen

Blick auf die andere Seite der Stadt

Die Armutskonferenz stellt uns Aufgaben

Solingen ist eine liebenswerte Stadt mit vielem was uns gefällt: Natur, Kulturangebote, eine Museumslandschaft, die sich sehen lassen kann und Menschen, die gerne hier leben und feiern. Es gibt aber auch die andere Seite: die Armut. Jedes 4. Kind wächst in Armut auf. Problem: Die Stadtkasse ist leer, wie auch der Geldbeutel vieler Menschen. Der Alltag ist für viele ein finanzieller Hürdenlauf. Die Miete frisst bis zu 40 Prozent des verfügbaren Einkommens. Sozialverbände alarmieren. Der Paritätische und Oxfam rütteln mit ihren Zahlen und Fakten auf und benennen den unermesslichen Reichtum, der in der Hand weniger liegt. Solingen ist ein Spiegelbild dieser Verhältnisse.

Aufmerksame Beobachter*innen sehen Armut auf der Straße: Obdachlose, Menschen die auf der Straße um Unterstützung bitten. Die Tafeln können niemanden mehr aufnehmen. Betroffen sind Alte, Kranke, Hilflose, Obdachlose, Migrant*innen und Geflüchtete. Angst ist für viele ständig da. Manche schämen sich auch ihrer Lage. Aus dem wohlhabenden und reichen Teil der Gesellschaft sind Beschimpfungen und Hetze an der Tagesordnung, wie „Sozialschmarotzer“ oder „die wollen nur nicht arbeiten“. Und die Kindergrundsicherung wird von einer Partei der Reichen blockiert. Hartz IV, jetzt Bürgergeld oder Bezahlkarte löst skandalöse Debatten aus. Betroffene werden schikaniert. Regelrechte Hetze, bis zu Übergriffen sind die Folgen. Vor allem die Rechtsparteien, so die CDU mit Herrn Merz, schlagen die Trommel am lautesten und treiben mit dieser Stimmung der AfD die Stimmen zu. Die CDU spricht schon lange von „Sozialklimbim“.

Das alles gibt es auch Solingen. Die örtliche Armutskonferenz stellte es in den Mittelpunkt. Vor wenigen Tagen fand die Konferenz Nummer 3 statt. Sie wurde geleitet von Frank Knoche. Eine Arbeitsgruppe aus Aktiven, die sich um diese sozialen Belange kümmern, tagt das ganze Jahr. Sie leisten wertvolle Arbeit.

Was geht in den Köpfen Betroffener vor? Wie wirkt „unten sein“ auf die Dauer? Es fehlt für diese Menschen an vielen Ecken und Enden, was für andere normal ist. Es zwar gibt Hilfen, Spenden, Almosen, „Transferleistungen“. Wie wirkt das?

Da lieferte die Konferenz mit einer Betroffenen einen starken Beitrag. Wie ist das Leben in der Armut und wie kann dabei die menschliche Würde bewahrt werden? Mit ihren Beschreibungen ließ sie nichts aus - schonungslos, unter die Haut gehend. Sie wehrt sich, auch mit ihren Versen, rüttelt auf, macht Mut, zeigt Wege.

Ein anderer Beitrag kam von Pfarrer Meurer aus Köln. Er ist nah dran an sozialen Themen. Er gab den Anwesenden mit seinem eher philosophischen Herangehen Denkanstöße. Immer das Ziel vor Augen, die menschliche Gleichwertigkeit. Eine starke Aussage von ihm: „Dass Kinder in Kitas und Schulen Mahlzeiten

bezahlen müssen, ist ein Offenbarungseid in einem der reichsten Länder weltweit“. Diese Beiträge waren die Leuchttour dieses Nachmittags im Theater- und Konzerthaus.

Wenig optimistisch blieb die Darstellung der Leiterin des Stadtdienstes Wohnen, Juliana Hilbrich. Der Anteil der Wohnkosten bei der Entstehung von Armut blieb unerwähnt. Denn heute müssen viele Haushalte bis zu 40 Prozent ihres verfügbaren Geldes für ihre Miete ausgeben. Zu viel, um mit weniger Sorgen durch den Monat zu kommen. Die Spar- und Bauvereine in Solingen mit vielen günstigen Angeboten helfen. Aber der kapitalistische Markt bestimmt das Geschehen auch beim Solinger Wohnungsbau. Unsere langjährige Forderung nach kommunalem Wohnungsbau und einer städtischen Wohnungsbaugesellschaft bleiben weiterhin ungehört.

Wie geht es weiter mit der Sozialpolitik? Was ist zu erwarten? Die Sozialverbände warnen: „Träger sehen das soziale Solingen in Gefahr“. Eine Demonstration brachte ihre Sorgen und Forderungen vor einiger Zeit auf die Straße. Heute bestimmen jedoch Krieg und horrenden Rüstungsausgaben das Geschehen. So meint Finanzminister Lindner, dass die Attraktivität des Sozialstaats reduziert werden müsse. Das ist Linie der SPD geführten Regierung. Diese denkt auch nicht daran, die Reichen dieses Landes zur Kasse zu bitten.

So bleibt uns die Armutskonferenz und vor allem die Arbeit der vielen, vielen Akteur*innen hoch zu schätzen und ihnen zu danken. Aber ohne gemeinsam Widerstand wird es nicht gehen.

Doch halt - da fehlt noch was: Warum gibt es eigentlich in unserem reichen Land so viel Armut? Der aus Augsburg gibt uns seine Erklärung:

*„Reicher Mann und armer Mann
standen da und sah'n sich an.
Und der Arme sagte bleich:
Wär' ich nicht arm, wärst du nicht reich.“
(Bertolt Brecht)*

